

Michael Sommer

## Der 17. Juni 1953 als Freiheitsbewegung\*



*Michael Sommer, geb. 1952 in Büderich, Studium der Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin, war Stellv. Vorsitzender der Deutschen Postgewerkschaft (DPG), Stellv. Bundesvorsitzender von ver.di und ist seit Mai 2002 Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes.*

„Wir wollen freie Menschen sein“ - riefen die streikenden und demonstrierenden Arbeiter vor fünfzig Jahren, am 16. und 17. Juni 1953, in den Straßen Berlins. Es ist das Motto, unter dem die Arbeiterbewegung einst angetreten ist, das sie konsequent verfolgt hat, dem sie zum Durchbruch und zum Erfolg verhelfen hat und das sie mit Zähnen und Klauen verteidigen wird.

Es wäre verwegen und unzulässig, diesen 17. Juni 1953 mit anderen Ereignissen der deutschen - gar der europäischen - Geschichte davor oder danach, zu parallelisieren. Erlaubt ist hingegen der Blick auf einige Daten aus jener Freiheitsgeschichte, die, wie der frühere Bundespräsident Gustav Heinemann feststellte, in der Geschichtsdarstellung und Traditionspflege lange Zeit ziemlich stiefmütterlich behandelt worden sind. Ich denke an die Revolution von 1848, an den 20. Juli 1944, aber auch an den Volksaufstand in Ungarn 1956, die anderen Erhebungen gegen die Sowjetmacht und schließlich an die friedliche Revolution von 1989/90.

Seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts zeichnete sich ein ökonomischer, gesellschaftlicher und politischer Strukturwandel ab, der in seinen Ausmaßen mit dem zu vergleichen ist, was wir heute, zu Beginn des 21. Jahrhunderts, durchleben. Institutionen und Werte, Verhaltensweisen und Gewohnheiten werden erschüttert, verändert, beseitigt.

Das Industriezeitalter trat seine ebenso zerstörerische wie segensreiche Herrschaft an. Besonders krass waren die Auswirkungen auf die arbeitenden Menschen. Die Landwirtschaft verlor endgültig ihre dominierende Rolle, auch viele Handwerker gerieten, vor allem wegen zunehmender Konkurrenz, unter Druck. Die beginnende Groß- und Schwerindustrie hingegen brauchte Arbeiter in Hülle und Fülle - und verbrauchte sie. Insgesamt führte diese Struktur- und Anpassungskrise zu einer Verelendung erheblichen Ausmaßes.

Es ist also nicht verwunderlich, dass ein Augenmerk der an den vorrevolutionären und revolutionären Kämpfen beteiligten Handwerker und Arbeiter sozialen Fragen galt, besser

\* Leicht überarbeiteter Vortrag bei der Veranstaltung von DGB, Hans-Böckler-Stiftung und Friedrich-Ebert-Stiftung am 13. Juni 2003 in Berlin.

gesagt: der „sozialen Demokratie“. Im „Offenburger Programm“ vom September 1847 heißt es beispielsweise: „Wir verlangen eine gerechte Besteuerung. Jeder trage zu den Lasten des Staates nach Kräften bei. An die Stelle der bisherigen Steuer trete eine progressive Einkommenssteuer.“ Und weiter: „Wir verlangen, dass die Bildung durch Unterricht allen gleich zugänglich werde. Die Mittel dazu hat die Gesamtheit in gerechter Verteilung aufzubringen.“ Und schließlich: „Wir verlangen Angleichung des Missverhältnisses zwischen Arbeit und Kapital. Die Gesellschaft ist schuldig, die Arbeit zu heben und zu schützen.“ Diese Grundlagenforderungen nach sozialer Gerechtigkeit verbanden sich mit dem machtvollen Verlangen nach nationaler Einheit und eben - nach Freiheit. Hier wird jener Zusammenhang deutlich, der damals wie heute von fundamentaler Bedeutung ist: Freiheit steht immer in Relation zu sozialer Gerechtigkeit!

Die Hoffnung auf Freiheit beflügelte damals die Kämpfer ebenso wie die Dichter - darunter Ferdinand Freiligrath, Heinrich Heine, Ludwig Borne und Georg Büchner. Ein weniger bekannter, Adolf Glaßbrenner, schrieb: „Mit den rostigen Freiheiten ist es vorbei. Die Freiheit! Sie muss es werden.“ Sie wurde ihnen nicht, wir wissen es. Denn die Revolution wurde militärisch niedergeschlagen, das Bündnis zwischen liberalen Bürgern, Handwerkern und Arbeitern zerbrach. Die Freiheit wurde auf dem Altar der Einheit geopfert. Die Hoffnungen des Revolutionsjahrs 1848 waren für viele Jahrzehnte verschüttet.

Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus, der in das Attentat Stauffenbergs gegen Hitler am 20. Juli 1944 mündete, hat ebenfalls, wie Joachim Fest es ausgedrückt hat, „die eigene Sterbestunde kaum überdauert“. Auch diese deutsche Freiheitsbewegung hat sich nicht im allgemeinen Gedächtnis verankert; ihre Vorstellungen und Ziele haben sich nicht eingepreßt. Selbstkritisch füge ich hinzu, dass bei den Gewerkschaften die Erinnerung an einen Mann wie Wilhelm Leuschner, der eine so bedeutende Rolle im Widerstand des 20. Juli gespielt hat, nicht intensiv genug gepflegt worden ist.

Otto Suhr, der spätere Regierende Bürgermeister von Berlin, hat 1948 davor gewarnt, die Revolutionäre von 1848 oder die Frauen und Männer des 20. Juli 1944 allein nach Erfolg und Misserfolg zu bemessen: „Im Gegenteil, wenn das deutsche Volk endlich die Demokratie begreifen will, dann muss es seine Helden des Friedens und der Freiheit achten lernen.“ Und derselbe Otto Suhr sagte am Abend des 17. Juni 1953 bei der Sondersitzung des Berliner Abgeordnetenhauses in einer Rede, in der er den Opfern des März 1848 und des 20. Juli 1944 jene dieses Tages an die Seite stellte: „Es leben Energien und Kräfte in Deutschland, um die Freiheit zu erkämpfen. Aber sie reichen allein nicht aus, sie brauchen die Unterstützung der Welt. Wenn überall die gleichen Energien lebendig wären wie in den Bürgern des Ostens am 17. Juni, kann und wird dieser Geist die Gewalt sprengen und über sie triumphieren.“

Die Bauleute, die am 16. Juni durch Berlin marschierten und damit den Volksaufstand initiierten, waren keine Aufrührer, keine Revolutionäre im herkömmlichen Sinne. Sie rebellierten gegen Normerhöhungen und zu geringen Lohn, gegen unzumutbare Lebensbedingungen und eine unerträgliche Propaganda.

Aber zu diesem, man könnte beinahe sagen: normalen gewerkschaftlichen Protest, kam sehr schnell etwas anderes hinzu: das Verlangen nach politischer Freiheit oder, wie es Georg Leber ausgedrückt hat, der Aufbruch in die Freiheit. Es hatte schon lange gekriselt in der DDR - die Versorgung der Bevölkerung funktionierte schlecht, während die Einkommen sanken. Da war die Kampagne des FDGB zur „freiwilligen“ Normerhöhung im Frühjahr 1953 nur der letzte Auslöser des Zorns bei den Arbeitern.

Wie man überhaupt sagen muss, dass der FDGB sowohl vorher als auch während des Aufstands und danach eine unrühmliche Rolle gespielt hat. Er hatte sich, nach tastendem

und unsicherem Beginn, mehr und mehr zu einem Herrschaftsinstrument der SED machen lassen und sich damit von den Prinzipien und Ideen der freien Gewerkschaften gelöst. Die Arbeiter standen insofern auch gegen diese Perversion ihrer eigenen Interessenvertretung auf.

Es ist und bleibt das große Verdienst der gewerkschaftlichen Nachkriegsgeneration, die 1949 den DGB gründete, dass sie das freiheitliche Prinzip für die Gewerkschaftsbewegung mit der Einheitsgewerkschaft verbunden hat. Freiheit und Unabhängigkeit-von Parteien, von Regierungen und von Arbeitgebern - dieses Erbe aus der Nachkriegszeit haben wir zu hüten wie unseren Augapfel! Freiheit und Unabhängigkeit - sie gaben uns in den vergangenen Jahrzehnten die Kraft, selbstbewusst die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu vertreten, ohne das Gemeinwohl aus ideologischen Gründen aus dem Blick zu verlieren!

Wir sollten, auch noch nach 50 Jahren, daraus den Schluss ziehen, dass es für Gewerkschaften existenziell ist, stets die Interessen ihrer Mitglieder im Auge zu behalten. Sie dürfen nicht, wie in der DDR geschehen, zum Transmissionsriemen einer Ideologie oder Doktrin werden. Und sie dürfen ebenso wenig zum verlängerten Arm einer politischen Partei werden. Auch insofern war die Entscheidung für die Einheitsgewerkschaft richtig - und sie bleibt es. Sie hat uns jedenfalls bislang vor groben Fehleinschätzungen der Mitgliederinteressen bewahrt.

Diejenigen, die nach 1945 den Aufbau der freien Gewerkschaften voran getrieben haben, sie haben die Lehre aus jener fatalen Zersplitterung der Gewerkschaften gezogen, die zu ihrer Schwäche am Ende der Weimarer Republik beigetragen hat. Mit ihrem Aufruf „Schafft die Einheit!“ und der folgenden Entscheidung für die Einheitsgewerkschaft wurde eine Organisationsform geschaffen, die sich nicht nur bewährt hat - ich sehe auch heute keine Alternative dazu. Die Gewerkschaften haben, das sei allen, die sie heute wieder mies zu reden und zu machen versuchen, ins Stammbuch geschrieben, maßgeblich zur politischen Entwicklung, zur ökonomischen und sozialen Stabilität der Bundesrepublik beigetragen. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir das im Rahmen und mit der Einheitsgewerkschaft weiterhin am besten können. Dazu müssen - und ich füge heute sehr bewusst hinzu - dazu wollen wir alle gemeinsam ihre Grundlagen, ihre Prinzipien, ihre Spielregeln beachten.

Zurück in den Juni 1953. Nachdem eine höfliche Eingabe an Ministerpräsident Grotewohl ohne Antwort geblieben war, stiegen die Maurer und Zimmerer am 16. Juni von den Gerüsten an der Stalinallee. Hunderte und Tausende schlossen sich ihnen auf ihrem Weg ins Regierungsviertel an. Dort wurden die Rollgitter geschlossen und die Gewehre gesichert. Kein Verantwortlicher zeigte sich, kein Mächtiger widmete sich den berechtigten Forderungen der Arbeiter, nahm gar die Normerhöhung zurück.

Spätestens jetzt kommt zu dem Ruf „Nieder mit den Normen“ eine weitergehende Forderung der Volksversammlung hinzu: „Wir fordern den Rücktritt der Regierung und freie geheime Wahlen!“ Und: „Wenn Ulbricht oder Grotewohl nicht in einer halben Stunde hier sind, dann marschieren wir durch die Straßen und rufen zum Generalstreik auf.“ Ulbricht und Grotewohl erschienen bekanntlich nicht.

Am nächsten Tag entwickelte sich der Protest zum Volksaufstand im ganzen Land, zur Revolution, zum „ersten Massenaufstand im Zeitalter des Totalitarismus.“ Wir wissen: Kaum 12 Stunden später rollten die sowjetischen Panzer, 24 Stunden später wurde der Kriegszustand verhängt. Die Revolution wurde niedergewalzt, sozusagen im Keime erstickt. Hans

Dohrenbusch hat das in Zeilen verewigt, die am 26. Juni 1953 in der „Welt der Arbeit“ erschienen:

*Dann kamen die Henker mit Panzern  
und Waffen,  
und sie schössen  
die mit den leeren Händen  
und dem grenzenlosen Mut  
in die Unsterblichkeit,  
denn die leeren Hände  
schrieben mit ihrem Blut  
ein neues Blatt  
in die strahlende  
immerwährende Geschichte der Freiheit.*

Er hat den Opfern damit ein Denkmal gesetzt. Nach wie vor wissen wir nicht ganz genau, wie viele es waren, es dürften insgesamt mehr als 100 gewesen sein. Wir gedenken ihrer in Respekt und Trauer.

Die Revolution von 1953 hatte, auch wenn sie unvollendet blieb, in dieser kurzen Zeit eine Intensität entfaltet und Horizonte aufgezeigt, wie das weder 1848 noch 1944 möglich war.

Ja, es stimmt: ihre unmittelbaren Folgen waren mehr Überwachung, mehr Spitzelei, mehr Unterdrückung. Aber das Fanal gegen die kommunistische Herrschaft stellte sie auf Dauer bloß. Und auch wenn die Forderungen nach Freiheit und Demokratie unerfüllt blieben, so stimmt doch, was einer, der dabei gewesen ist, der Brigadier Heinz Homuth, bei der Gedenkfeier der IG Bau-Steine-Erden vor zehn Jahren gesagt hat: „Wir haben damals vor 40 Jahren den Grundstein für die Freiheit gelegt, in der wir heute alle gemeinsam leben können.“

Ja, es stimmt: Zwischen dem Sturz des SED-Regimes 1989 und dem 17. Juni 1953 besteht ein enger Zusammenhang, erkennt man viel Vergleichbares: zunächst politische und soziale Einzelforderungen, dann der Wunsch nach Freiheit und Demokratie, schließlich nach Wiedervereinigung. Der ausschlaggebende Unterschied: Diesmal rollten keine russischen Panzer. Allen Freiheitserhebungen, die dem 17. Juni im Osten folgten - der Volksaufstand in Ungarn 1956, der Prager Frühling von 1968 - hat das militärische Eingreifen der Sowjets ein Ende gesetzt. Nur 1981 in Polen hielten sie sich gegen „Solidarnosc“ zurück.

Wir sind dankbar für die Vollendung des unterdrückten Aufbruchs von 1953. Die Freiheit, die damals unerreichbar blieb, ist ebenso Wirklichkeit geworden wie die Einheit, die nach 1953 kaum noch möglich schien. Diese beinahe unglaubliche Wendung war und ist ein unerhörtes, unschätzbares historisches Ereignis - und es war, ist und bleibt eine politische, wirtschaftliche und kulturelle Herausforderung.

Mehr und mehr stellt sich heraus, dass wir inzwischen auf einen anderen, einen vielleicht sublimeren Aspekt von Freiheit zu achten haben als jenen elementaren, um den es vor fünfzig Jahren ging. Die Freiheit des Einzelnen und die Freiheit aller stehen nicht nur im Zusammenhang, sie können auch in gefährliche Spannungsverhältnisse geraten. Freiheit für alle ist nur auf der Grundlage von sozialer Gerechtigkeit möglich. Und diese wiederum unterscheidet die soziale Marktwirtschaft vom zügellosen Kapitalismus. Die Notwendigkeit, den Sozialstaat umzubauen, den Gegebenheiten der Informations- und Wissensgesellschaft anzupassen, ist unbestreitbar und unbestritten. Aber wie geschieht das? Indem Kranken,

Alten, Arbeitslosen, Sozialhilfeempfängern neue Opferbereitschaft aufgezwungen wird? Und wie steht es um die viel zitierten starken Schultern, die angeblich auch mehr tragen können? Sind sie aufgrund des unweigerlich auftauchenden Hinweises, solche Frage verrate ja nur den Neid, geschützt? Günter Gaus hat kürzlich auf die inzwischen verbreitete gesellschaftliche Amoral hingewiesen und darauf, dass das Verständnis „für eine Freiheit, die eine Freiheit von Ängsten ist“, derzeit weithin verschüttet sei.

Die deutsche Gewerkschaftsbewegung hat seit ihren Anfängen in den 40er-Jahren des 19. Jahrhunderts auch und gerade dafür gewirkt und gekämpft, dass auch die vielen, die nicht mit materiellem Reichtum versehen sind, sozial gesichert sind und sich deshalb frei fühlen können. Sie sind dafür beschimpft, angefeindet, verfolgt, ja sogar verboten worden - nicht wenige haben ihr Leben hingeben müssen. Wir halten, auch wenn wir dafür als Unbelehrbare, als Betonköpfe und was es an verletzender Begrifflichkeit sonst noch geben mag, bezeichnet werden, an dieser Tradition unbeirrt fest, weil wir wissen, dass sie am Beginn des 21. Jahrhunderts noch ebenso zutrifft wie am Beginn des 19. Jahrhunderts.

Die Erinnerung an die Freiheitsbewegungen in der jüngsten deutschen Geschichte, deren wichtiger Teil der 17. Juni 1953 ist, war über lange Zeit nicht lebendig und ausgeprägt. Deren Erfolglosigkeit und die mit ihnen vielfältig verbundenen Schuldgefühle sind als Begründung dafür angeführt worden. Ich habe das Gefühl, dass fünfzig Jahre nach dem Volksaufstand das Interesse daran ebenso wächst wie unser Wissen darüber. Hoffentlich geraten die Zusammenhänge zwischen Freiheit und sozialer Gerechtigkeit derweilen nicht ebenso aus dem kollektiven Gedächtnis. Die Folgen wären unabsehbar.